

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Helmut Rohde MdB, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, beschreibt, wie Kanzler Kohls Handlungsfähigkeit im Alltag verläuft: Konstitutionsschwäche.

Seite 1

Manfred Lahnstein wendet sich gegen die Erblast-Kampagne: Stoltenbergs Wirrwarr.

Seite 3

Dagmar Luuk MdB begrüßt die Verleihung des Literatur-Nobelpreises Gabriel Garcia: Leben und Konflikte:

Seite 5

Dokumentation

"liberal"-Chefredakteur Wolfgang Heinz zum Bonner Koalitionswechsel: Wende zum Trümmerhaufen oder Ausweg zu liberaler Erneuerung?

Seite 6

37. Jahrgang / 203

25. Oktober 1982

Konstitutionsschwäche

Wie die "Handlungsfähigkeit" im Alltag verläuft

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Das Wort "Handlungsfähigkeit" geht Kanzler Kohl nur so von den Lippen. Keine Rede, kein Absatz ohne Worthülse. Dabei ist es nicht nur die Konstitutionsschwäche der sich selbst beschäftigten FDP, die heutzutage ansteckend auf Regierungen wirkt. Die Rechtskoalition im ganzen wird geradezu von einer wachsenden Anziehungskraft auf soziale und politische Krisen heimgesucht. Munteres Treiben mit einer Anerkennungsurkunde unter dem Arm ist eben noch keine handelnde Regierungskraft. Wie Regierungsmitglieder mit Grundlagen der Bundesrepublik umgehen, hat eher Unsicherheit und Widerstand ausgelöst. Das zeigte sich jüngst vor allem in drei Bereichen:

1. Die andauernden sozialpolitischen Ankündigungen und Absichten der Regierung überschlagen sich. Die Tagesmeldungen werden zu Fixierbildern, in denen man nach der Wahrheit suchen muß. Eines zeichnet sich jedenfalls ab: Der Staat will die Sozialkassen zur Ader lassen. Defizite werden rundum wachsen. Der Arbeitsminister hat die Absicht, diese Defizite in einen immer hektischer werdenden Kreisverkehr von einem Zweig der sozialen Sicherheit zum anderen umzubuchen. Damit wird das ganze System angesteckt. Blüm spricht zwar feierlich von der sozialen Selbstverwaltung, die Finanzen der sozialen Sicherungszweige aber behandelt er wie eine Einheitskasse und sich wie einen Oberbuchhalter, der die Transaktionen vornimmt und Sozialleistungen verschleibt.

Die Gefahr zeichnet sich ab, daß die Finanzgrundlagen einer dynamischen, lohnbezogenen Rentenanpassung brüchig werden und diese durch Regierungsdekrete, durch eine Art Rente nach Kassenlage abgelöst wird. Außerdem wird die Krankenversicherung unter Druck geraten. Bei dieser Regierung ist eine umfassende Kostenbeteiligung der



Patienten am Horizont zu sehen. Schließlich werden durch den sozialen Niveauverlust und die Schwächung der Sozialhilfe neue Felder der Armut eröffnet. Die soziale Integrationskraft der Bundesrepublik, international angesehen und Bestandteil ihrer wirtschaftlichen Stärke und politischen Stabilität, zehrt sich aus. Gesellschaftliche Ausgliederung wird zu einem brisanten Thema.

Das Parlament muß die tatsächlichen Folgen der neuen Koalitionspolitik offenlegen. Dies ist keine "Atempause", hat auch nichts mit "geistig-moralischer Aufrüstung" zu tun. Ein Durchpeitschen im Parlament wäre gegenüber den Betroffenen nicht zu verantworten. Das wäre ein Verfahren, das bereits in anderen konservativ regierten Ländern aus einer kapitalistischen Weltwirtschaftskrise eine Rolle rückwärts in der Gesellschaftspolitik gemacht hat.

2. Zum sozialökonomischen Spielball wurde die im Koalitionspapier beschlossene "Zwangsanleihe". Der Staat soll damit zu einer Art Sparkasse für wirtschaftlich Betuchte gemacht werden. Während man für die breiten Schichten den Lebensstandard verringert, winkt die Koalition den besser Verdienenden mit einer Anleihe, unschwer zu umgehen und als rückzahlbar im Koalitionspapier ausgewiesen. Das Wort "Sonderopfer" hat seinen zynischen Überguß erhalten. Die einen Koalitionäre wollen am liebsten die konservative Gleichheit: den breiten Schichten die Sozialleistungen und den Begüterten die Steuern senken. Anderen wird es allerdings langsam ungemütlich bei dem Gedanken, daß die offensichtliche soziale Schlagseite einer Anleihekasse Ärger machen wird. Eines ist sicher: Wenn die Regierung unverblümt die hohen Einkommen bevorzugt, deren Privilegien schützt und die Masseneinkommen kürzt, verstrickt sie sich in harte Auseinandersetzungen. Wer so in eine sich verschärfende Krise geht, der kommt nicht an Widerstand vorbei.
3. Mehr als bedenklich ist der Umgang mit der Frage der Bevölkerung nach neuen Bundestagswahlen. Das Recht auf freie Wahlen, das nach dem Zweiten Weltkrieg stets eine große Rolle gespielt hat, wird von opportunistischer Handhabe und regierungsamtl. Macht kalkül verdunkelt. Zunächst wurde Helmut Schmidts offenes Angebot zu Neuwahlen abgelehnt. Dann wurde eine konkrete Wahlaussage für die Regierungserklärung angekündigt, aber nicht eingelöst. Nunmehr wird von Koalitionsangehörigen die Wahl- und Verfassungsfrage wie ein Gänseblümchen behandelt und auch noch der Bundespräsident zum "Ja-Nein-Zupfen" eingeladen. Die Regierung muß sagen, was sie will. Verfassungsfragen können nicht zwinkernd hinter verschlossenen Türen behandelt werden. Die Sozialdemokraten habe ihre Haltung nicht geändert. Was aber will die Regierung?

Konservative Kommentatoren halten die politische Stolperei der Regierung für eine Kinderkrankheit, aber sie werden skeptischer. Sie sehen, wie Genscher seine Zukunft und Kohl den bayerischen Ministerpräsidenten im Nacken hat. Als "Hoffnungsträger" lassen sich beide schwer beschreiben. Zwar versuchen konservative Presse- und Stimmungsmacher das Bild der Regierung glatt zu bügeln. Dieses aber ist nicht knitterfrei. Ihre Fehler und ihre Unsicherheit sind nicht Kinderkrankheiten, sondern Charakterzüge. Vor einem Jahr warnte der heutige Arbeitsminister, man solle "unsere Gutmütigkeit nicht mit politischer Dummheit verwechseln". Mag sein. Dieser Satz gilt aber auch umgekehrt.
(-/25.10.1982/ks/ca)

+ + +



Stoltenbergs Wirrwarr

Schluß mit der Erblast-Kampagne

Von Manfred Lahnstein
Bundesfinanzminister a.D.

Finanzminister Stoltenberg legt dem Bundeskabinett in dieser Woche seine haushaltspolitischen Schlußfolgerungen für 1983 vor. Das wesentliche Kennzeichen: Alle haushaltswirtschaftlichen Eckdaten haben sich seit Sommer, als wir unseren Haushaltsentwurf vorgelegt haben, wesentlich verschlechtert. Hierzu der folgende Vergleich:

	<u>SPD-Entwurf</u>	<u>CDU-Entwurf</u>
Ausgaben:	250,5 Milliarden DM	254 Milliarden DM
Steigerung gegenüber 1982:	knapp 2 von Hundert	rund 3 von Hundert
Einnahmen:	222 Milliarden DM	212,5 Milliarden DM
Kreditaufnahme:	28,5 Milliarden DM	41,6 Milliarden DM

Obwohl das nun alles viel schlimmer aussieht als im Juli, sollten wir auf voreilige, pauschale oder bösertige Kritik an den Stoltenberg-Zahlen verzichten. Im Kern zieht der neue Finanzminister hier die Konsequenz aus den spürbar verschlechterten Wirtschaftsdaten. Auf andauernde Rezession wird mit erhöhter Kreditaufnahme reagiert. Das ist vernünftig, solange am Kurs der mittelfristigen Konsolidierung festgehalten wird.

Also: Keine Pauschalkritik. Das aber kann nur unter einer Bedingung gelten: Die CDU/CSU/FDP muß endgültig mit ihrer verlogenen "Erblast"-Kampagne aufhören und zwar sofort. Was jetzt auf dem Tisch liegt, beweist, daß die sozial-liberale Koalition keine Haushaltsleichen im Keller hatte. Wer etwas anderes behauptet, der lügt. Was jetzt auf dem Tisch liegt, beweist, wie heuchlerisch die Kritik der Union an unserem Haushaltsentwurf für 1983 war.

Was uns vor sechs Wochen alles als "Schuldenwirtschaft" vorgeworfen wurde. Und heute? Heute sind aus 28,5 Milliarden Mark mindestens 41 Milliarden Mark geworden.

Wie vor sechs Wochen die Einstellung des Bundesbankgewinns in den Haushalt verteuft wurde. Und heute? Heute sind aus zehn Milliarden Mark elf Milliarden Mark geworden.

Man könnte die Liste der Beispiele für Heuchelei und Meinungswirrwarr fortsetzen. Aber das würde kaum weiterführen. Ein Eindruck, aber drängt sich wohl jedem Beobachter auf: Wie kann die FDP-Spitze nun noch länger die freche Behauptung wagen, die alte Koalition sei an den Haushaltsproblemen gescheitert?

Diese Eckdaten wären auch mit uns hinzubekommen gewesen.

Also:

- a/ von "Erblast" keine Rede,
- b/ entlarvte Heuchelei bei der Union,
- c/ entlarvtes Täuschungsmanöver bei der FDP.

Der wirkliche Vorgang ist ein anderer.



Bereits vor der Sommerpause hatte ich im Namen der damaligen Bundesregierung auf die mit dem Haushalt 1983 verbundenen Risiken hingewiesen.

Hauptrisiko: Gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Hier sind wir im Juli einem grandiosen Schätzfehler aufgesessen, den Sozialdemokraten nicht zu verantworten haben. Im Juli hatte der Wirtschaftsminister für 1983 ein reales Wirtschaftswachstum von drei Prozent vorhergesagt. Nunmehr geht man von null Prozent aus. Diese gewaltige Differenz schlägt sich zusammen mit einem schon 1982 eintretenden Basiseffekt mit mehr als 15 Milliarden Mark im Haushalt nieder. Von wegen "Erblast"!

Die anderen Unsicherheitsfaktoren wie Bundesbankgewinn, Zinstitel, EG-Zahlungen, Umsatzsteuerverteilung pendeln sich untereinander aus, so daß hierauf nicht gesondert eingegangen werden muß. Damit aber hatten wir im Sommer auch schon gerechnet.

Auf die dramatisch verschlechterten Wirtschaftsdaten reagiert Stoltenberg mit einer deutlichen Erhöhung der Netto-Kreditaufnahme. Das ist gut und vernünftig. Anders würden wir auch nicht vorgehen. Gleichzeitig aber werden Begleitgesetze vorgelegt, die unter dem Strich kontraktiv wirken und sehr wohl die Wirtschaftskrise noch verstärken können. Das ist abzulehnen.

Hier ist nicht der Platz, die steuerlichen und die Sozialgesetzentwürfe im Einzelnen zu analysieren. Das wird noch geschehen. Aber zweierlei muß festgehalten werden:

- a/ Diese Gesetze verteilen um: Von unten nach oben.
- b/ Diese Gesetze entziehen Nachfrage und gefährden deshalb Arbeitsplätze.

Hier liegt der Hauptpunkt meiner Kritik an den haushaltspolitischen Vorschlägen von Herrn Stoltenberg. Darüberhinaus müssen wir scharf kritisieren, daß der Wirrwarr um den wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung Kohl/Genscher anhält. Ständig neue Meldungen zum Wohnungsbau, häufiger Umbau der Sozialgesetze, unsystematisches Herumfummeln in den Systemen der sozialen Sicherheit, Beharren auf der unsinnigen und unsozialen Zwangsanleihe (die überdies de facto nur Arbeitnehmer trifft, alle anderen Bevölkerungsgruppen schont) - wo soll da Vertrauen herkommen? Das Ganze wird auch nicht dadurch besser, daß man es verschämt als "Sofortprogramm" bezeichnet. Der Gipfel des Undurchdachten stellt dabei zweifellos Norbert Blüms Coca-Cola-Spruch ("mach mal Pause") dar.

Was würden wir anders machen?

Auch eine sozialdemokratische Bundesregierung würde die Kreditaufnahme auf etwa 40 Milliarden Mark erhöhen, zumal das ökonomisch sinnvoll ist. Wir würden aber das Cerere von "Erblast", "Verfassungswiderigkeit" (was wird eigentlich aus der CDU/CSU-Klage?) sofort einstellen.

Auch eine sozialdemokratische Bundesregierung würde die sozialen Transfers überprüfen. Aber wir würden es langfristig, systematisch und in ständigem Kontakt mit den Betroffenen tun. Flickschusterei ist nicht unsere Sache.

Außerdem würden wir mit mehr Entschlossenheit an die Subventionen und Steuervergünstigungen gehen. Hier kann noch mehr gespart werden. Die Rechtskoalition hat hier nur Enttäuschung produziert.

Wir würden die Einkommenspolitik nicht nur unter den Kosten-, sondern auch unter Nachfragegesichtspunkten sehen. Nicht nur beim Haushalt, sondern auch bei den Löhnen kann man sich kaputtsparen.

Wir würden die Zwangsanleihe in den Papierkorb stecken und an unserem ehrlichen Vorschlag einer Ergänzungsabgabe festhalten.

Von dieser Grundlage aus sollten wir Sozialdemokraten in die haushalts- und wirtschaftspolitische Debatte der nächsten Wochen gehen. Wir haben diese Debatte nicht zu scheuen.

(-/25.10.1982/ks/ca)



Leben und Konflikte

Einhellig Zustimmung für Nobelpreis an Gabriel Garcia Márquez

Von Dagmar Luuk MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Für viele ist die Verleihung des diesjährigen Nobelpreises für Literatur an den 54jährigen Columbianer Gabriel Garcia Márquez wohl eine Überraschung gewesen. Selten jedoch ist die Zustimmung zu einer Entscheidung der Stockholmer Akademie so einhellig ausgefallen wie bei der Auszeichnung dieses Mannes, in dessen Romanen und Novellen sich, so heißt es in dieser Begründung, Leben und Konflikte eines Kontinents widerspiegeln.

Wer sich mit der Literatur Lateinamerikas auskennt, weiß, daß dieser Teil der Welt reich an großen Begabungen ist. Nicht von ungefähr zeichnen die schwedischen Weisen mit Garcia Márquez zum vierten Mal einen Schriftsteller aus Südamerika aus. Es ist zu erinnern an die Preisträgerin des Jahres 1945 Gabriela Mistral aus Chile, an ihren Landsmann Pablo Neruda 1971 und an Miquel Angel Asturias aus Guatemala 1967.

Mit Garcia Márquez ist jetzt ein Autor ausgezeichnet worden, der wie kein anderer die Geschichte seines Kontinents verinnerlicht hat und der wie kein anderer die Gewißheit vermittelt, daß sich die überkommenden Gesellschafts- und Machtstrukturen Lateinamerikas überlebt haben. Ob man seinen Roman "Hundert Jahre Einsamkeit" zur Hand nimmt, der ihn 1967 schlagartig weltberühmt gemacht hat, seinen acht Jahre später erschienenen zweiten großen Wurf "Der Herbst des Patriarchen" oder seine 1981 veröffentlichte "Chronik eines angekündigten Todes", immer geht es ihm im Kern darum, die Endlichkeit dessen zu schildern, was ein lateinamerikanischer Dauerzustand zu sein scheint: Unterdrückung, Gewaltherrschaft und Diktatur.

Die politische Botschaft Garcia Márquez erinnert - wenn auch verschlüsselter und vor einem gänzlich anderen geschichtlichen Hintergrund - an Berthold Brechts unvergessenes "Lied von der Moldau", in dem er den mühsamen Kampf um die Befreiung des Menschen für den europäischen Kulturkreis so beschrieben hat:

"Am Grunde der Moldau wandern die Steine
Es liegen drei Kaiser begraben in Prag,
Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine,
Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.

Es wechseln die Zeiten. Die riesigen Pläne
Der Mächtigen kommen am Ende zum Halt.
Und gehn sie einher wie blutige Hähne,
Es wechseln die Zeiten, da hilft kein' Gewalt."

(-/25.10.1982/bgj/oa)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

In der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift "liberal" - Beiträge zur Entwicklung einer freiheitlichen Ordnung schreibt der Chefredakteur des Blattes, Wolfgang Heinz (Theodor-Heuss-Akademie), zum Bonner Koalitionswechsel:

Wende zum Trümmerhaufen oder Ausweg zu liberaler Erneuerung?

Der Trümmerhaufen ist vollkommen: Nach eindeutiger Koalitionsaussage und klarer Bestätigung der sozial-liberalen Koalition 1980 (bei außerordentlich gestärkter F.D.P.!) haben sich die Partner zunächst je in sich und dann untereinander bis zur Handlungsunfähigkeit der Regierung zerstritten und auseinandergeliebt. Die erst seit der förmlichen Aufkündigung der (faktisch schon zuvor beendeten) Koalition durch den Bundeskanzler von der SPD praktizierte Solidarität mit Helmut Schmidt wäre für den Fortbestand der Koalition ebenso nötig gewesen wie der entschlossene Wille der F.D.P.-Führung, die Neuvermessung des sozialen Netzes, die Konsolidierung des Bundeshaushaltes, die marktwirtschaftliche Lösung der Wirtschaftskrise schon aus Gründen des sozialen Friedens (dessen Bedeutung als Produktionsfaktor offenbar unterschätzt wird) eben im Verein mit den Sozialdemokraten zu leisten.

Während sich viele freidemokratische und sozialdemokratische Abgeordnete bis zuletzt darum bemühten, der Koalition durch neue Impulse und gemeinsame Anstrengung zu neuer politischer Kraft und überzeugender Problemlösung zu verhelfen (und dabei - wie Verheugen und Glotz - trotz der Münchner Beschlüsse der SPD Einvernehmen sogar über die heikle sozial- und wirtschaftspolitische Therapie erzielten), zeigten die Koalitionsspitzen immer deutlicher, daß sie nicht mehr miteinander konnten und wollten. Helmut Schmidts Flucht nach vorn am 17. September kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Wechsel noch vor dem Bundesparteitag der F.D.P. im November das klare, wenn auch nicht öffentlich erklärte Ziel der F.D.P.-Führung gewesen ist. Die in vielen Bereichen so erfolgreiche, am Ende aber aus schwer einsichtigen Gründen nicht mehr handlungsfähige sozial-liberale Koalition ist für lange Zeit nicht mehr möglich.

Aus dieser Tatsache und aus der Art und Weise, wie sie herbeigeführt wurde, ergeben sich für die F.D.P. schwerwiegende Probleme:

- o Die Glaubwürdigkeit als liberale Partei und die Zuverlässigkeit als Koalitionspartner, von Hans Dietrich Genscher stets als Markenzeichen der F.D.P. beschworen, scheinen verspielt. Es wird lange dauern, bis sie wieder neu erworben sind. Aus den Reihen derjenigen, die den Koalitionswechsel betrieben haben, hat noch niemand überzeugend darzulegen vermocht, welche Sachfragen eigentlich nur von einer CDU-geführten Regierung in liberalem Sinne gelöst werden können, so daß der Wechsel unvermeidbar war. Die nicht nur ihn selbst, sondern die gesamte F.D.P. kränkende Behandlung Gerhart Rudolf Baums durch die Unionsparteien während seines Amtes als Bundesinnenminister und jüngst während der Koalitionsverhandlungen, die Zumutung, die in seinem Nachfolger Friedrich Zimmermann als Verfassungs-, Innen- und Umweltminister einer konservativ-liberalen Bundesregierung liegt, zeigen, wieviel geringer der Vorrat an Gemeinsamkeiten der neuen gegenüber den alten Koalitionspartnern ist.
- o Die Beunruhigung der Parteibasis der F.D.P. über die Mißachtung der Grundsätze innerparteilicher Demokratie reicht weit über den Kreis der standhaften Anhänger der sozial-liberalen Koalition hinaus. Auch Befürworter einer "neuen Mehrheit" durch eine neue Koalition in Bonn sind zutiefst beunruhigt über das von der Parteispitze gewählte Verfahren und fühlen sich in ihrem innersten demokratischen Sachverständnis getroffen.

Klare Koalitionsaussagen müssen nicht sein (obwohl sie sich in den Wahlkämpfen der F.D.P. überwiegend als nützlich erwiesen haben). Wenn sie aber vom Bundesparteitag beschlossen und darüber hinaus zur zentralen Aussage des Wahlkampfes gemacht worden sind, muß die Partei von einem Koalitionswechsel selbst dann gefragt werden, wenn dieser nicht mit solch schwerwiegenden Problemen und Risiken verbunden wäre. Abgeordnete sind ausdrücklich und aus guten (liberalen!) Gründen nicht einem imperativen Mandat unterworfen; aber das entbindet sie keineswegs von ihrer selbstverständlichen



Pflicht zur Beratung mit der Partei in grundsätzlichen Fragen. Die ausdrückliche Mißachtung dieser Beratungspflicht (frühsozialistische Anträge der Basis auf Einberufung eines Sonderparteitages wurden von höchster Stelle abgeschmettert) mußte eine liberale Partei an ihrem empfindlichsten Punkt treffen. Diese Wunde wird nur langsam heilen.

- o Der innenpolitische und rechtsstaatliche Teil der neuen Koalitionsvereinbarung zeigt, in welches strategische Defizit die F.D.P. trotz hervorragender Sachprogramme geraten und wie erpreßbar sie geworden ist. Die gelassene Hinnahme der unglaublichen Brückierung Gerhart Rudolf Baums durch die CSU und die dennoch selbstverständliche Akzeptanz ihrer autoritären Gesprächspartner durch die F.D.P.-Spitze, die anfängliche Ausklammerung des innen-, rechts- und umweltpolitischen Themenfeldes aus den Verhandlungen (a la Kiesinger) zeigen, wie schnell diese traditionsreiche Partei von Theodor Heuss und Thomas Dehler ihre Identität auf ihrem ureigensten Feld durch eine nachlässige und leichtfertige Führung verlieren kann. Wenn die F.D.P. überleben will (und sie muß um der politischen Kultur und der Liberalität in diesem Lande willen überleben), dann muß sie gerade hier ihre Identität und Kompetenz wiederherstellen und bewahren.

Dies kann nicht dadurch geschehen, daß die F.D.P.-Fraktion dem verständlichen Ruf der eigenen Basis und der Öffentlichkeit nach möglichst baldigen Neuwahlen nachkommt, indem sie jetzt diskutierte Verfassungsänderung mit dem Ziel von Neuwahlen durch Selbstauflösung des Bundestages mit Zweidrittelmehrheit mitmacht. Dieser Punkt ist zwar im Vorschlag der Enquete-Kommission für die Verfassungsreform enthalten, aber in einem bestimmten Kontext weiterer Vorschläge. Das von Liberalen wesentlich geprägte Grundgesetz ist zu wichtig, als daß es aus tagespolitischen Interessen oder aus der Verlegenheit eines von den Wählern nur schwer nachzuvollziehenden fliegenden Koalitionswechsels heraus modifiziert werden dürfte.

Mit dem Ruf nach Neuwahlen will sich die F.D.P.-Basis in einer ausweglos erscheinenden Lage - selbst um den Preis des Untergangs - beim Wähler wieder erlich machen. Darüber und über die anklingende Manipulation der Verfassung muß sie noch gründlich nachdenken.

Die drei aus der Art und Weise des Wechsels und teilweise aus dem Wechsel selbst entstandenen Probleme markieren die tiefe Krise des organisierten politischen Liberalismus. Sie drückt sich auch im immer lauterem, aber kurzschlüssigen Nachdenken der Gedemütigten über Spaltung der bestehenden und Gründung einer neuen Partei ebenso aus wie in den törichten Ausgrenzungsreden so manchen Siegers. Hilfreich sind beide nicht, sie verschärfen nur die Krise.

Überleben wird die F.D.P. nur, wenn es trotz aller Verletzungen und Kränkungen, trotz des tiefsitzenden inneren Mißtrauens gelingt,

- die beiden historischen Quellen des Liberalismus weiterhin zu vereinigen: In getrennten Formationen haben beide keine Chance mehr zu parlamentarischer Repräsentanz und politischer Wirksamkeit;
- die eigentliche und beständige Aufgabe der Liberalen in einem sich verändernden Parteigefüge wiederzubeleben: als aufmerksamer, sensibler, kreativer (aber keineswegs willfähriger) Partner des Bürgers neue Forderungen und Anregungen aus der Gesellschaft in freiheitliche Reformen umzusetzen. In den Freiburger Thesen 1971 und dem Kölner Ökologischen Aktionsprogramm 1981 zum Beispiel sind Aufgabe und Fähigkeit, sie zu bewältigen, markiert. In der Fortschreibung und Ergänzung dieser und anderer Programme, in der ökologischen Verpflichtung der Marktwirtschaft, der Neugestaltung der Mittelstandspolitik zur Stärkung der Innovationskraft der Wirtschaft und zur Chancengleichheit für neue, auch "kleinere und alternative" Strukturen, in der Neuvermessung des sozialen Netzes (ohne die jetzt besorgte Umverteilung von unten nach oben), in der Sicherung des Rechtsstaates und im Ausbau der Freiheitsrechte und zugleich auch in der Kontinuität der Friedens- und Sicherheits-, Deutschland- und Europapolitik liegt ein großes Aufgabenfeld der Liberalen, das alle Anstrengungen zu ihrer Regeneration erfordert und rechtfertigt.

(-/25.10.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

